
	<p>SuedOstLink – BBPIG Vorhaben Nr. 5 und Nr. 5a –</p>	
	<p>Abschnitt D3a Pfatter bis A92 bei ISAR</p> <p>Unterlagen Planänderung II nach PFB</p>	<p>Das Vorhaben Nr. 5 im SuedOstLink ist von der Europäischen Union gefördert; sie haftet nicht für die Inhalte.</p>  <p>Kofinanziert von der Fazilität „Connecting Europe“ der Europäischen Union</p>
<p>Teil K5 Naturschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen</p> <p>PLANÄNDERUNG II</p>		

02	27.06.2025	PLANÄNDERUNG II	ARGE U M. Marzelli	ARGE U M. Kuhlmann	TenneT N. Knauer
01	31.07.2024	DECKBLATT I	ARGE U M. Marzelli	ARGE U M. Kuhlmann	TenneT C. Scharfenberg
00	31.08.2023	Unterlage gemäß § 21 NABEG	ARGE U M. Marzelli	ARGE U J. Matschiner	TenneT C. Fütterer
Rev.	Datum	Ausgabe	Erstellt	Geprüft	Freigegeben

<p>Festgestellt nach § 24 NABEG Bonn, den</p>

I N H A L T S V E R Z E I C H N I S

TABELLENVERZEICHNIS	3
1 NATURSCHUTZRECHTLICHE AUSNAHMEGENEHMIGUNGEN UND BEFREIUNGEN	5
1.1 Grundlage und Einordnung der Anträge	5
1.2 Antragsübergreifende Angaben zu den Vorhaben	5
1.3 Anträge auf Befreiung von den Ge- und Verboten der Schutzgebietsverordnungen für geschützte Teile von Natur und Landschaft nach § 23 bis 29 BNatSchG (Befreiung § 67 Abs. 1 BNatSchG)	6
1.3.1 Landschaftsschutzgebiet (LSG-00558.01) Tertiäres Hügelland mit Pfattertal und Waldgebieten	6
1.3.2 Landschaftsschutzgebiet (LSG-00558.01) Talraum der Großen Laber	8
1.3.3 Geschützter Landschaftsbestandteil (LB-00541) Großseggenried bei Kleingilla	10
1.4 Anträge auf Ausnahme bzw. Befreiung von den Verboten für gesetzlich geschützte Biotope nach § 30 Abs. 1 BNatSchG und von den Verboten für geschützte bestimmte Landschaftsbestandteile nach Art. 16 Abs. 1 BayNatSchG (Ausnahme § 30 Abs. 3 BNatSchG bzw. Befreiung § 67 Abs. 1 BNatSchG)	12
1.4.1 Geschützte Biotope nach § 30 BNatSchG/ Art. 23 BayNatSchG	12
1.4.2 Geschützte bestimmte Landschaftsbestandteile nach Art. 16 Abs. 1 BayNatSchG	15
1.4.3 Darlegung der Befreiungsvoraussetzungen	18
1.4.4 Fazit und Antragstellung	18
2 LITERATUR- UND QUELLENVERZEICHNIS	19
3 ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	20

TABELLENVERZEICHNIS

Tabelle 1:	Flächeninanspruchnahme der technischen Planung am LSG "Tertiäres Hügelland mit Pfattertal und Waldgebieten" (in ha)	7
Tabelle 2:	Flächeninanspruchnahme der technischen Planung am LSG "Talraum der Großen Laber" (in ha)	9
Tabelle 3:	Betroffenheit von gesetzlich geschützten Biotopen (§ 30 BNatSchG/ Art. 23 BayNatSchG) durch Flächeninanspruchnahme	13
Tabelle 3a:	Betroffenheit von gesetzlich geschützten Biotopen (§ 30 BNatSchG/ Art. 23 BayNatSchG) durch Grundwasserabsenkung	14
Tabelle 4:	entfallen	15
Tabelle 5:	Betroffenheit von Hecken, Feldgehölzen, Gebüsch, Alleen (Art. 16 Abs. 1 BayNatSchG) durch Flächeninanspruchnahme	15

In diesem Dokument wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit das generische Maskulinum verwendet. Weibliche und anderweitige Geschlechteridentitäten werden dabei ausdrücklich mitgemeint, soweit es für die Aussage erforderlich ist.

1 Naturschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen und Befreiungen

1.1 Grundlage und Einordnung der Anträge

Inhalt von Teil K5 ist die Aufführung der erforderlichen Anträge nach BNatSchG. Die ausführliche Prüfung auf Eintreten von Verbotstatbeständen nach BayNatSchG oder BNatSchG erfolgt im LBP bzw. weiteren Unterlagen (bspw. AFB, Natura 2000-VP). Die Prüfung auf Eintreten von Verbotstatbeständen nach BayNatSchG im LBP umfasst auch Fälle, in denen sich im Ergebnis herausstellt, dass keine Verbotstatbestände erfüllt sind und daher keine Ausnahme/ Befreiung erforderlich ist. Fälle, die einer Ausnahme/ Befreiung bedürfen, werden mit Bezug zur landesrechtlichen Regelung unter der entsprechenden Schutzgebietskategorie aufgeführt.

Kartographische Darstellungen der betroffenen Schutzgebiete, die im Kap. 1.3 behandelt werden und der betroffenen § 30-Biotop, die in Kap. 1.4 behandelt werden, finden sich in Anlage I5.

1.2 Antragsübergreifende Angaben zu den Vorhaben

Der SuedOstLink (SOL) ist ein Netzausbauprojekt des Stromübertragungsnetzes. Es besteht aus den Vorhaben Nr. 5 sowie dem Vorhaben Nr. 5a gemäß Bundesbedarfsplangesetz (BBPIG). Beide Vorhaben sind Leitungen zur Höchstspannungs-Gleichstrom-Übertragung und werden mit einem Erdkabelvorrang geplant.

Das Vorhaben Nr. 5 verläuft von Wolmirstedt bei Magdeburg in Sachsen-Anhalt bis Isar in Bayern. Das Vorhaben Nr. 5a ist eine Verbindung von Klein Rogahn, Stralendorf, Warsow, Holthusen und Schossin in Mecklenburg-Vorpommern über den Landkreis Börde bis Isar in Bayern. Vom Landkreis Börde bis Isar erfolgt in räumlicher Nähe eine gemeinsame Verlegung beider Vorhaben.

Der hier behandelte Abschnitt D3a beginnt südlich der Donau und der Bundesstraße 8 und verläuft dann in südlicher Richtung durch die Landkreise Regensburg, Straubing-Bogen und Landshut und hat eine Gesamtlänge von ca. 45,2 km.

Rechtlich handelt es sich um zwei eigenständige Vorhaben, für die jeweils eigene Anträge auf Planfeststellungsbeschluss gemäß § 19 Netzausbaubeschleunigungsgesetz (NABEG) gestellt wurden. Die Vorhabenträger haben gemäß § 26 Satz 2 NABEG eine einheitliche Entscheidung in den Planfeststellungsverfahren gemäß § 24 NABEG für die Abschnitte der beiden genannten Vorhaben zwischen dem Landkreis Börde und Isar beantragt. Die vorliegenden Unterlagen umfassen daher die Vorhaben Nr. 5 sowie Nr. 5a. Für den nördlichen Bereich des Vorhabens Nr. 5a erfolgt ein eigenes Bundesfachplanungs- und Planfeststellungsverfahren. Der südliche Bereich des SOL Landkreis Börde bis Isar umfasst neun Planfeststellungsabschnitte.

Das Vorhaben Nr. 5 beinhaltet die Herstellung einer Kabelanlage mit einem Kabelsystem, bestehend aus zwei Erdkabeln mit einer Leistung von 2 Gigawatt (GW) und Nebenbauwerken [sowie einer zusätzlichen für den Betrieb notwendigen Anlage, der Konverterstation. Nebenbauwerke sind die Kabelabschnittsstationen \(KAS\) und die Lichtwellenleiterzwischenstationen \(LWL-ZS\) sowie Oberflurschränke](#). Die Verlegung der Gleichspannungskabel erfolgt in Kabelschutzrohren (KSR).

Im Rahmen des Vorhabens Nr. 5a erfolgt zur Erweiterung der Übertragungsleistung um weitere 2 GW (insgesamt 4 GW) die Verlegung einer zusätzlichen Kabelanlage mit einem Kabelsystem. Sie besteht ebenfalls aus zwei Erdkabeln, verlegt in Kabelschutzrohren, sowie der erforderlichen Konverterstation und den bereits beschriebenen Nebenbauwerken. Im Bereich vom Landkreis Börde bis Isar, in dem in räumlicher Nähe verlegt wird, erfolgt ein gemeinsamer Tiefbau und zeitnaher Kabelzug.

Für den hier beantragten Abschnitt D3a sind für das Vorhaben Nr. 5 und 5a weder eine Konverterstation noch sonstige Nebenbauwerke geplant. Ausnahme bilden die kleinflächigen Oberflurschränke.

Für weitergehende Informationen zu SuedOstLink und zum Planfeststellungsverfahren wird auf die Kap. 1 ff im Teil A1 Erläuterungsbericht der Unterlagen gemäß § 21 NABEG verwiesen.

Mit Beschluss vom 19.12.2024 hat die Bundesnetzagentur als Planfeststellungsbehörde gemäß § 1 Nr. 1 Planfeststellungszuweisungsverordnung (PlfZV) den Plan für die Vorhaben Nr. 5 und Nr. 5a gemäß § 24 Abs. 1 NABEG festgestellt.

Aufgrund von neuen Erkenntnissen, die sich durch die fortschreitenden Planungen (Ausführungsplanung) ergeben haben, besteht die Notwendigkeit, eine nachträgliche Optimierung und Anpassung der planfestgestellten Unterlagen durch eine Planänderungsverfahren vorzunehmen.

Es handelt sich um eine Planänderung von unwesentlicher Bedeutung, da die Änderungen im Verhältnis zur abgeschlossenen Gesamtplanung unerheblich sind (s. Teil I, Kap. 3.1).

In diesem und den nachfolgenden Kapiteln sind die mit der Planänderung verbundenen Anpassungen in blauer Farbe hervorgehoben.

1.3 Anträge auf Befreiung von den Ge- und Verboten der Schutzgebietsverordnungen für geschützte Teile von Natur und Landschaft nach § 23 bis 29 BNatSchG (Befreiung § 67 Abs. 1 BNatSchG)

In diesem Kapitel werden die Anträge auf Befreiung nach § 67 Abs. 1 BNatSchG von Ge- und Verboten einer Schutzgebietsverordnung für Naturschutzgebiete, Nationalparke/ Nationale Naturmonumente, Biosphärenreservate, Landschaftsschutzgebiete, Naturparke, Naturdenkmäler und geschützte Landschaftsbestandteile gestellt.

Nachfolgend sind die vom Vorhaben betroffenen Schutzgebiete, für die ein Antrag auf Befreiung nach § 67 Abs. 1 BNatSchG oder eine Erlaubnis gemäß der jeweiligen Schutzgebietsverordnung notwendig ist, aufgelistet:

- § 26 Landschaftsschutzgebiet „Tertiäres Hügelland mit Pfattertal und Waldgebieten“
- § 26 Landschaftsschutzgebiet „Talraum der Großen Laber“
- § 29 Geschützter Landschaftsbestandteil „Großseggenried bei Kleingilla“

1.3.1 Landschaftsschutzgebiet (LSG-00558.01) Tertiäres Hügelland mit Pfattertal und Waldgebieten

1.3.1.1 Angaben zum Schutzgebiet und zur Betroffenheit

Das LSG „Tertiäres Hügelland mit Pfattertal und Waldgebieten“ erstreckt sich über eine Fläche von ca. 2.947 ha im Landkreis Regensburg. Die Verordnung über das Schutzgebiet im Regierungsbezirk Oberpfalz ist am 17.01.1989 in Kraft getreten und formuliert in der aktuellen Fassung vom 13.11.2001 folgende Schutzzwecke (§ 3):

"Zweck der Landschaftsschutzgebiete ist es,

- a) in ihnen die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts zu erhalten und erhebliche oder nachteilige Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu verhindern;
- b) die heimischen Tier- und Pflanzenarten sowie ihre Lebensgemeinschaften und Lebensräume zu schonen;
- c) die Vielfalt, Eigenart und Schönheit des für sie typischen Landschaftsbildes zu bewahren;
- d) ihre Erholungsfunktion zu sichern und
- e) den Wald wegen seiner besonderen Bedeutung für den Naturhaushalt zu schützen und eine vielfältige, standortheimische Mischbestockung anzustreben.

Zweck der einzelnen Landschaftsschutzgebiete ist es insbesondere:

[...]

- im tertiären Hügelland mit seinen Waldgebieten und dem Pfattertal (3), Erholungsgebiete und kleinklimatische Ausgleichsflächen zu sichern und innerhalb der landwirtschaftlich intensiv genutzten Gebiete Rückzugsgebiete für Tiere und Pflanzen zu erhalten;

[...]."

Gemäß § 5 der Schutzgebietsverordnung sind "alle Handlungen verboten, die den Charakter der Gebiete verändern oder dem besonderen Schutzzweck (§ 3) zuwiderlaufen, insbesondere alle Handlungen, die geeignet sind, die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, das Landschaftsbild, den Naturgenuß oder den Zugang zur freien Natur zu beeinträchtigen."

Demgemäß bedarf nach § 6 einer Erlaubnis, wer beabsichtigt im LSG:

"[...]

4. ober- oder unterirdisch geführte Draht-, Kabel- oder Rohrleitungen zu verlegen oder Masten und Unterstützungen aufzustellen; [...]"

Im LSG sind mehrere Flächen als nationales/ regionales und/ oder europäisches Schutzgebiet ausgewiesen (geschützter Landschaftsbestandteil, FFH-Gebiet und EU-Vogelschutzgebiet, Important Bird Area (IBA)). Zu den wenigen Vorbelastungen, welche die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die Vielfalt, Eigenart und Schönheit des LSG sowie den Schutz heimischer Lebensgemeinschaften und Lebensräume beeinträchtigen, gehören neben anthropogen intensiver genutzten Bereichen der Landschaft, allgemeine Infrastrukturanlagen und Landschaftselemente (Verkehrswege, Freileitungen, usw.).

Das LSG wird durch den geplanten Trassenverlauf etwa mittig von Nord nach Süd gequert, sodass bau- und anlagebedingte Flächeninanspruchnahmen innerhalb der Grenzen des Schutzgebietes entstehen und somit im Widerspruch mit den genannten Schutzzwecken stehen. Gemäß der Kilometrierung der Trassenachse entstehen Überschneidungen mit dem LSG im Bereich der Kilometer 2,0 bis 6,5.

1.3.1.2 Vorhabenwirkungen auf das Schutzgebiet

Die Flächeninanspruchnahme des LSG durch die technische Planung beträgt insgesamt ca. **23-24** ha, was einem prozentualen Anteil von 0,8 % der Gesamtfläche des LSG entspricht. Das LSG wird durch die Teilflächen Schutzstreifen, Arbeitsflächen, Zuwegungen und Versiegelungen entlang der Trasse unterschiedlich stark in Anspruch genommen.

Tabelle 1: Flächeninanspruchnahme der technischen Planung am LSG "Tertiäres Hügelland mit Pfattertal und Waldgebieten" (in ha)

Gesamt	Schutzstreifen	Arbeitsflächen	Zuwegungen	Versiegelung
22,9423,59	7,70	45,0815,76	0,13	0,002

Die von der technischen Planung veranschlagten Flächen werden sämtlich landwirtschaftlich genutzt (Acker und Grünland) und durch die geplante und überwiegende Verwendung als Arbeitsfläche/ Zuwegung lediglich temporär überprägt. Vereinzelte Gehölze und Begleitvegetation an Äckern, Gräben und Verkehrswegen werden ausgespart. Besonders wertvolle Bereiche werden geschlossen gequert, sodass keine Flächeninanspruchnahme entsteht. Ein sehr geringer Anteil (ca. 16 m²) wird durch eine Linkbox dauerhaft versiegelt. Die Flächeninanspruchnahme innerhalb des Landschaftsschutzgebiets ist nicht zu vermeiden.

Die temporäre Inanspruchnahme von landwirtschaftlich genutzten Flächen führt zu keiner Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, des Landschaftsbildes oder des Naturgenusses noch hindert sie den Zugang zur freien Natur. Alle temporär überprägten Flächen werden nach Beendigung der Arbeiten in den Ausgangszustand zurückversetzt. Im Bereich von Gehölz- und Waldbeständen werden entsprechende Maßnahmen ausgewiesen.

Insgesamt sind im LSG folgende Maßnahmen vorgesehen:

- VAR7 - Aufstellen von Schutzzäunen zum Vegetations- und Gebietsschutz

- Rekultivierung
- initiale Wiederherstellung

Die dauerhafte Flächeninanspruchnahme durch die Linkbox ist aufgrund der Geringfügigkeit ihres Volumens nicht geeignet, den Charakter des Gebietes zu verändern oder dem besonderen Schutzzweck (§ 3) zuwiderzulaufen.

Es verbleibt die erforderliche Erlaubnis gemäß § 6 aufgrund der Verlegung einer unterirdisch geführten Kabelleitung im LSG.

1.3.1.3 Darlegung der Befreiungs- bzw. Erlaubnisvoraussetzungen

Eine Erlaubnis für das Verlegen „ober- oder unterirdisch geführter Draht-, Kabel- oder Rohrleitungen...“, ist gemäß § 6 Abs. 3 der Schutzgebietsverordnung zu erteilen, "wenn das Vorhaben keine der in § 5 genannten Wirkungen haben kann oder diese Wirkungen durch Nebenbestimmungen ausgeglichen werden können". Eine Befreiung von den Verboten kann im Einzelfall erteilt werden (§ 8).

Wie zuvor erläutert, werden für die Eingriffe in das Landschaftsschutzgebiet unterschiedliche Vermeidungsmaßnahmen angesetzt, die verhindern, dass der in § 3 genannte Schutzzweck gefährdet wird.

Hinzu kommt gem. § 1 Abs. 1 Satz 2 NABEG, dass „die Realisierung der Stromleitungen, die in den Geltungsbereich des Gesetzes fallen, [ist] aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich (ist).“

Das LSG Tertiäres Hügelland mit Pfattertal und Waldgebieten kann auch mit Realisierung des Vorhabens seine Funktionen als Landschaftsschutzgebiet weiterhin erfüllen, da einerseits nur ein sehr geringer Anteil der Gesamtfläche des Schutzgebiets überhaupt in Anspruch genommen wird (ca. 0,8 %) und eintretende Schäden bzw. Beeinträchtigungen der Natur durch Maßnahmen vermieden oder vermindert werden.

1.3.1.4 Fazit und Antragstellung

Der Erlaubnistatbestand des § 6 Schutzgebietsverordnung trifft für das Vorhaben SOL Abschnitt D3a von Pfatter bis A92 bei ISAR zu. In den vorherigen Kapiteln wurde erläutert, dass aufgrund der geringen zeitlichen und räumlichen Dimension sowie unter Berücksichtigung der Vermeidungsmaßnahmen eine Schutzzweckgefährdung verhindert wird und aus diesen Gründen bereits eine Erlaubnis zu erteilen ist. Aus diesem Grund wird für die Verlegung des Erdkabels eine entsprechende Erlaubnis nach § 6 der Landschaftsschutzgebietsverordnung (Verordnung über die Landschaftsschutzgebiete im Landkreis Regensburg vom 17.01.1989 i. d. F. vom 13.11.2001) beantragt.

1.3.2 Landschaftsschutzgebiet (LSG-00558.01) Talraum der Großen Laber

1.3.2.1 Angaben zum Schutzgebiet und zur Betroffenheit

Das LSG „Talraum der Großen Laber“ erstreckt sich über eine Fläche von ca. 3.569 ha im Landkreis Regensburg. Die Verordnung über das Schutzgebiet im Regierungsbezirk Oberpfalz ist am 17.01.1989 in Kraft getreten und formuliert in der aktuellen Fassung vom 13.11.2001 folgende Schutzzwecke (§ 3):

"Zweck der Landschaftsschutzgebiete ist es,

- a) in ihnen die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts zu erhalten und erhebliche oder nachteilige Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft zu verhindern;
- b) die heimischen Tier- und Pflanzenarten sowie ihre Lebensgemeinschaften und Lebensräume zu schonen;
- c) die Vielfalt, Eigenart und Schönheit des für sie typischen Landschaftsbildes zu bewahren;
- d) ihre Erholungsfunktion zu sichern und
- e) den Wald wegen seiner besonderen Bedeutung für den Naturhaushalt zu schützen und eine vielfältige, standortheimische Mischbestockung anzustreben.

Zweck der einzelnen Landschaftsschutzgebiete ist es insbesondere:

[...]

- im Talraum der Großen Laber (1), [...], die Reste der Hartholz- und Weichholzaunen mit ihren Lebensgemeinschaften zu erhalten, die Wiesenbrüterbiotope in ihrer Weiträumigkeit und die für die Vogelwelt überregional bedeutsamen Nahrungs- und Rastplätze zu schützen und die landschaftsgliedernde Wirkung der Auwälder und das Labertales durchgehend zu erhalten;

[...]."

Gemäß § 5 der Schutzgebietsverordnung sind "alle Handlungen verboten, die den Charakter der Gebiete verändern oder dem besonderen Schutzzweck (§ 3) zuwiderlaufen, insbesondere alle Handlungen, die geeignet sind, die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, das Landschaftsbild, den Naturgenuß oder den Zugang zur freien Natur zu beeinträchtigen."

Demgemäß bedarf nach § 6 einer Erlaubnis, wer beabsichtigt im LSG:

"[...]

4. ober- oder unterirdisch geführte Draht-, Kabel- oder Rohrleitungen zu verlegen oder Masten und Unterstützungen aufzustellen; [...]"

Im LSG sind mehrere Flächen als nationales/ regionales und/ oder europäisches Schutzgebiet ausgewiesen (geschützter Landschaftsbestandteil, Naturdenkmal, FFH-Gebiet und EU-Vogelschutzgebiet, Important Bird Area (IBA)). Zu den wenigen Vorbelastungen, welche die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die Vielfalt, Eigenart und Schönheit des LSG sowie den Schutz heimischer Lebensgemeinschaften und Lebensräume beeinträchtigen, gehören neben anthropogen intensiver genutzten Bereichen der Landschaft, allgemeine Infrastrukturanlagen und Landschaftselemente (Verkehrswege, Freileitungen, usw.).

Das LSG wird durch den geplanten Trassenverlauf etwas westlich der Mitte von Nord nach Süd gequert, sodass baubedingte Flächeninanspruchnahmen innerhalb der Grenzen des Schutzgebietes entstehen und somit im Widerspruch mit den genannten Schutzzwecken stehen. Gemäß der Kilometrierung der Trassenachse entstehen Überschneidungen mit dem LSG im Bereich der Kilometer 12,5 bis 14,5.

1.3.2.2 Vorhabenwirkungen auf das Schutzgebiet

Die Flächeninanspruchnahme des LSG durch die technische Planung beträgt insgesamt ca. 11 ha, was einem prozentualen Anteil von 0,3 % der Gesamtfläche des LSG entspricht. Das LSG wird durch die Teilflächen Schutzstreifen, Arbeitsflächen, Zuwegungen und Versiegelungen entlang der Trasse unterschiedlich stark in Anspruch genommen.

Tabelle 2: Flächeninanspruchnahme der technischen Planung am LSG "Talraum der Großen Laber" (in ha)

Gesamt	Schutzstreifen	Arbeitsflächen	Zuwegungen	Versiegelung
10,96	3,02	7,90	0,04	0,00

Die von der technischen Planung veranschlagten Flächen werden sämtlich landwirtschaftlich genutzt (Acker und Grünland) und durch die geplante und überwiegende Verwendung als Arbeitsfläche/ Zuwegung lediglich temporär überprägt. Vereinzelte Gehölze und Begleitvegetation an Äckern, Gräben und Verkehrswegen werden ausgespart. Besonders wertvolle Bereiche werden geschlossen gequert, sodass keine Flächeninanspruchnahme entsteht. Eine dauerhafte Versiegelung erfolgt nicht. Die Flächeninanspruchnahme innerhalb des Landschaftsschutzgebiets ist nicht zu vermeiden.

Die temporäre Inanspruchnahme von landwirtschaftlich genutzten Flächen führt zu keiner Beeinträchtigung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, des Landschaftsbildes oder des Naturgenusses noch hindert sie den Zugang zur freien Natur. Alle temporär überprägten Flächen werden nach Beendigung der Arbeiten in den

Ausgangszustand zurückversetzt. Im Bereich von Gehölz- und Waldbeständen werden entsprechende Maßnahmen ausgewiesen.

Insgesamt sind im LSG Talraum der Großen Laber folgende Maßnahmen vorgesehen:

- VAR7 - Aufstellen von Schutzzäunen zum Vegetations- und Gebietsschutz
- Rekultivierung
- initiale Wiederherstellung

Es verbleibt die erforderliche Erlaubnis gemäß § 6 aufgrund der Verlegung einer unterirdisch geführten Kabelleitung im LSG.

1.3.2.3 Darlegung der Befreiungs- bzw. Erlaubnisvoraussetzungen

Eine Erlaubnis für das Verlegen „ober- oder unterirdisch geführter Draht-, Kabel- oder Rohrleitungen...“, ist gemäß § 6 Abs. 3 der Schutzgebietsverordnung zu erteilen, "wenn das Vorhaben keine der in § 5 genannten Wirkungen haben kann oder diese Wirkungen durch Nebenbestimmungen ausgeglichen werden können". Eine Befreiung von den Verboten kann im Einzelfall erteilt werden (§ 8).

Wie zuvor erläutert, werden für die Eingriffe in das Landschaftsschutzgebiet unterschiedliche Vermeidungsmaßnahmen angesetzt, die verhindern, dass der in § 3 genannte Schutzzweck gefährdet wird.

Hinzu kommt gem. § 1 Abs. 1 Satz 2 NABEG, dass „die Realisierung der Stromleitungen, die in den Geltungsbereich des Gesetzes fallen, [ist] aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich (ist).“

Das LSG Talraum der Großen Laber kann auch mit Realisierung des Vorhabens seine Funktionen als Landschaftsschutzgebiet weiterhin erfüllen, da einerseits nur ein sehr geringer Anteil der Gesamtfläche des Schutzgebiets überhaupt in Anspruch genommen wird (ca. 1,0 %) und eintretende Schäden bzw. Beeinträchtigungen der Natur durch Maßnahmen vermieden oder vermindert werden.

1.3.2.4 Fazit und Antragstellung

Der Erlaubnistatbestand des § 6 Schutzgebietsverordnung trifft für das Vorhaben SOL Abschnitt D3a von Pfatter bis A92 bei ISAR zu. In den vorherigen Kapiteln wurde erläutert, dass aufgrund der geringen zeitlichen und räumlichen Dimension sowie unter Berücksichtigung der Vermeidungsmaßnahmen eine Schutzzweckgefährdung verhindert wird und aus diesen Gründen bereits eine Erlaubnis zu erteilen ist. Aus diesem Grund wird für die Verlegung des Erdkabels eine entsprechende Erlaubnis nach § 6 der Landschaftsschutzgebietsverordnung (Verordnung über die Landschaftsschutzgebiete im Landkreis Regensburg vom 17.01.1989 i. d. F. vom 13.11.2001) beantragt.

1.3.3 Geschützter Landschaftsbestandteil (LB-00541) Großseggenried bei Kleingilla

1.3.3.1 Angaben zum Schutzgebiet und zur Betroffenheit

Der geschützte Landschaftsbestandteil „Großseggenried bei Kleingilla“ erstreckt sich über eine Fläche von ca. 2,1 ha im Landkreis Regensburg. Die Verordnung über das Schutzgebiet im Regierungsbezirk Oberpfalz ist am 21.02.1986 in Kraft getreten und formuliert in der aktuellen Fassung vom 22.10.2001 folgende Schutzzwecke (§ 2):

"Zweck des geschützten Landschaftsbestandteils ist es

1. den Lebensraum der Pflanzen und Tiere zu erhalten und zu sichern,
2. zur Belebung des Landschaftsbildes beizutragen,
3. Veränderungen des Landschaftsbestandteiles zu verhindern."

Gemäß § 3 der Schutzgebietsverordnung ist es verboten, " ohne Genehmigung [...] den geschützten Landschaftsbestandteil zu entfernen, zu zerstören oder zu verändern, insbesondere Eingriffe vorzunehmen,

die zu einer Zerstörung, Beschädigung oder Umgestaltung dieser Fläche oder ihrer Bestandteile führen können. Es ist deshalb vor allem verboten:

[...]

2. Veränderungen des Wasserhaushalts vorzunehmen,

[...]."

Demgemäß kann im Einzelfall eine Genehmigung nach § 5 erteilt werden, wenn

"1. überwiegende Gründe des allgemeinen Wohls die Genehmigung erfordern

[...] "

Der geschützte Landschaftsbestandteil (GLB) liegt innerhalb des LSG Tertiäres Hügelland mit Pfattertal und Waldgebieten. Einzige Vorbelastung des GLB, welche die Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, die Vielfalt, Eigenart und Schönheit des GLB sowie den Schutz heimischer Lebensgemeinschaften und Lebensräume beeinträchtigt, ist ein randlich querender Wirtschaftsweg im GLB.

Der GLB wird durch den SOL nicht direkt in Anspruch genommen. Gemäß der technischen Planung nähern sich die Arbeitsflächen bis auf etwa 30 m an die Schutzgebietsgrenze des GLB. Das hier hochanstehende Grundwasser erfordert allerdings während der Bauphase eine Grundwasserabsenkung (Bauwasserhaltung), die in den östlichen Teilbereich des GLB reicht. Damit ist das Verbot der Veränderung des Wasserhaushalts einschlägig. Gemäß der Kilometrierung der Trassenachse entstehen Überschneidungen der Vorhabenwirkungen mit dem GLB im Bereich der Kilometer 5,0 bis 5,3.

1.3.3.2 Vorhabenwirkungen auf das Schutzgebiet

Die Inanspruchnahme des GLB durch die Bauwasserhaltung beträgt insgesamt ca. 0,1 ha, was einem prozentualen Anteil von 4,8 % der Gesamtfläche des GLB entspricht. Eine dauerhafte Versiegelung erfolgt nicht. Die Auswirkungen innerhalb des geschützten Landschaftsbestandteils sind nicht zu vermeiden.

Die Inanspruchnahme erfolgt indirekt durch die temporäre Bauwasserhaltung. Sie wird 42 Tage andauern. Die Grundwasserabsenkung wird entlang des Kabelgrabens bis ca. 2,5 m unter GOK angestrebt. Damit reicht sie über die jahreszeitlichen Schwankungen von ca. 1,3 m hinaus. Betroffen sind hier Laubbäume und Feldgehölze im Ostteil des GLB, jedoch nicht das eigentliche Großseggenried. Die Biotop- und Nutzungstypenkartierung hat im betroffenen Bereich "nicht standortgerechte Laub(misch)wälder gebietsfremder Baumarten alter Ausprägung" (BNT L723), "sonstige gewässerbegleitende Wälder mittlerer Ausprägung" (BNT L542) und "Feldgehölze mit überwiegend einheimischen, standortgerechten Arten mittlerer Ausprägung" (BNT B212) erfasst. Der BNT L723 wird mit "Populus x hybridus" und der BNT L542 wird mit "Auwaldrelikt, keine Flutungsdynamik mehr" präzisiert. Diese BNT liegen vollständig im Absenkbereich, der BNT B212 ist nur mit einem wenige Meter breiten Streifen betroffen. Die Biotoptypen L723 und B212 weisen keine besondere Wasserabhängigkeit auf. Für den Biotoptyp L542 wurde ortsspezifisch das Fehlen der Flutungsdynamik und damit ebenfalls keine besondere Wasserabhängigkeit festgestellt. Der Bereich der Bauwasserhaltung, der über die jahreszeitlichen Schwankungen hinausgeht, bleibt etwa 80 m vom grundwasserempfindlichen Großseggenried entfernt. Mit dem Schließen des Kabelgrabens wird auch die Bauwasserhaltung rückgebaut und der Grundwasserstand erreicht wieder den natürlichen Stand.

Ohne die bauzeitliche Grundwasserabsenkung ist eine Verlegung des Erdkabels nicht möglich. Es verbleibt die erforderliche Genehmigung gemäß § 5 aufgrund der Veränderung des Wasserhaushalts im GLB.

1.3.3.3 Darlegung der Befreiungs- bzw. Genehmigungsvoraussetzungen

Eine Genehmigung für die Veränderung des Wasserhaushalts, ist gemäß § 5 Abs. 1 der Schutzgebietsverordnung zu erteilen, "wenn 1. überwiegende Gründe des allgemeinen Wohls die Genehmigung erfordern". Die Genehmigung kann zum Ausgleich des Eingriffes an Nebenbestimmungen gebunden werden (§ 5 Abs. 2).

Die Umsetzung der Vorhaben 5 und 5a des SOL dient überwiegend dem allgemeinen Wohl bzw. liegt im überwiegend öffentlichen Interesse, da sie die Versorgungssicherheit der Bevölkerung mit Strom sicherstellen.

Hinzu kommt gem. § 1 Abs. 1 Satz 2 NABEG, dass „die Realisierung der Stromleitungen, die in den Geltungsbereich des Gesetzes fallen [ist] aus Gründen eines überragenden öffentlichen Interesses und im Interesse der öffentlichen Sicherheit erforderlich (ist).“

1.3.3.4 Fazit und Antragstellung

Der Genehmigungstatbestand des § 5 Schutzgebietsverordnung trifft für das Vorhaben SOL Abschnitt D3a von Pfatter bis A92 bei ISAR zu. In den vorherigen Kapiteln wurde die zeitliche und räumliche Dimension der möglichen Auswirkungen erläutert und das überwiegende öffentliche Interesse der Vorhaben dargelegt. Aus diesem Grund wird für den Neubau des Erdkabels und die damit verbundene Veränderung des Wasserhaushalts eine entsprechende Genehmigung nach § 5 Schutzgebietsverordnung (Verordnung über den geschützten Landschaftsbestandteil "Großseggenried bei Kleingilla" vom 21.02.1986 i. d. F. vom 22.10.2001) beantragt.

1.4 Anträge auf Ausnahme bzw. Befreiung von den Verboten für gesetzlich geschützte Biotop nach § 30 Abs. 1 BNatSchG und von den Verboten für geschützte bestimmte Landschaftsbestandteile nach Art. 16 Abs. 1 BayNatSchG (Ausnahme § 30 Abs. 3 BNatSchG bzw. Befreiung § 67 Abs. 1 BNatSchG)

Dieses Kapitel behandelt Anträge auf Ausnahme bzw. Befreiung gemäß § 30 Abs. 3 BNatSchG bzw. § 67 Abs. 1 BNatSchG von den Verboten für gesetzlich geschützte Biotop nach § 30 Abs. 1 BNatSchG und Anträge auf Ausnahme gemäß Art. 16 Abs. 2 i. V. m. Art. 23 Abs. 3 BayNatSchG von den Verboten für bestimmte Landschaftsbestandteile gemäß Art. 16 Abs. 1 BayNatSchG.

Bei der Verlegung der Erdkabel der Vorhaben Nr. 5 und Nr. 5a werden bau- und anlagebedingt insgesamt 8.604 m² geschützte Biotop (§ 30 Abs. 1 BNatSchG / Art. 23 BayNatSchG) durch Zuwegungen, Arbeitsstreifen oder Schutzstreifen temporär in Anspruch genommen. Eine detaillierte Erläuterung der Betroffenheit und der Ausnahmenvoraussetzungen für die Inanspruchnahme der Biotop erfolgt im folgenden Kapitel.

Bei der Verlegung der Erdkabel der Vorhaben Nr. 5 und Nr. 5a gehen bau- und anlagebedingt insgesamt 3.840 m² an Hecken, Gebüsch, Feldgehölzen oder Alleen (gemäß Art. 16 Abs. 1 BayNatSchG) durch Zuwegungen, Arbeitsstreifen, Schutzstreifen temporär oder dauerhaft verloren. Eine detaillierte Erläuterung der Betroffenheit und der Ausnahmenvoraussetzungen für die Inanspruchnahme der geschützten Landschaftsbestandteile Hecken, Feldgehölze und Gebüsch erfolgt im folgenden Kapitel.

1.4.1 Geschützte Biotop nach § 30 BNatSchG/ Art. 23 BayNatSchG

1.4.1.1 Angaben zum geschützten Biotop und zur Betroffenheit

Liegen geschützte Biotop im Bereich der anlage- oder baubedingten Flächeninanspruchnahme, ist von einer erheblichen Beeinträchtigung auszugehen, da diese vollständig beseitigt werden müssen. Tabelle 3 stellt dar, welche Biotop- und Nutzungstypen im Sinne des § 30 Abs. 2 Satz 1 BNatSchG und des Art. 23 Abs. 1 Satz 1 BayNatSchG durch Flächeninanspruchnahme im Rahmen der Vorhaben Nr. 5 und Nr. 5a während der Bauphase erheblich beeinträchtigt werden und welche Maßnahmen geplant sind. Um sicherzustellen, dass bei allen gesetzlich geschützten Biotopen keine Beeinträchtigungen außerhalb der Arbeits- und Schutzstreifen erfolgen, ist für diese BNT ein Schutzzaun vorgesehen (Vermeidungsmaßnahme V_{AR7} Aufstellen von Schutzzäunen zum Habitat-, Vegetations- und Gebietsschutz).

Tabelle 3: Betroffenheit von gesetzlich geschützten Biotopen (§ 30 BNatSchG/ Art. 23 BayNatSchG) durch Flächeninanspruchnahme

Trassen- km	Bestand BNT- Code	Bestand BNT Name	Bestand WP/m²	TP / Wirkung	Fläche (m²)	Maßnahme
3,6	R322-VC00BK	Großseggenriede eu- tropher Gewässer	12	Schutzstreifen, Arbeitsstreifen	96	§ 30-Kompensation
3,9	R322-VC00BK	Großseggenriede eu- tropher Gewässer	12	Schutzstreifen, Arbeitsstreifen	264513	§ 30-Kompensation
4,8	R123-VH00BK	Sonstige Wasserröh- richte	11	Arbeitsfläche für Schlauchleitung	12	Keine Maßnahme*
5,7	R123-VH00BK	Sonstige Wasserröh- richte	11	Arbeitsfläche für Schlauchleitung	16	Keine Maßnahme*
6,1	F13-FW3260	Deutlich veränderte Fließgewässer	9	Arbeitsfläche für Schlauchleitung	4	keine Maßnahme*
13,2	R121-VH00BK	Schilf-Wasserröh- richte	11	Arbeitsfläche für Schlauchleitung	27	keine Maßnahme*
13,2	L511- WA91E0*	Quellrinnen, Bach- und Flussauenwälder, jung	8	Arbeitsfläche für Schlauchleitung	36	keine Maßnahme*
13,2	F14-FW3260	Mäßig veränderte Fließgewässer	12	Arbeitsfläche für Schlauchleitung	18	keine Maßnahme*
19,2	G212-LR6510	Mäßig extensiv ge- nutztes, artenreiches Grünland	9	Schutzstreifen, Arbeitsstreifen	7.439	§ 30-Kompensation
21,5	R113-GR00BK	Großröhrichte außer- halb der Verlan- dungsbereiche	10	Schutzstreifen, Arbeitsstreifen	345	Wiederherstellung Ökokonto und § 30- Kompensation
21,9	F13-FW00BK	Deutlich veränderte Fließgewässer	9	Arbeitsfläche für Schlauchleitung	7	keine Maßnahme*
44,1	R111-GR00BK	Schilf-Landröhrichte	10	Schutzstreifen, Arbeitsstreifen	343	initiale Wiederher- stellung auf be- troffener Fläche, ex- terner Ausgleich durch Ausgleichs- maßnahme A10
	Summe				8.604 8.856	
	Erläuterungen: BNT Biotop- und Nutzungstyp gemäß Biotopwertliste (BayKompV) WP Wertpunkte gemäß Biotopwertliste (BayKompV) TP / Wirkung Beschreibung Technische Planung mit Wirkung * Die Flächenbetroffenheit wird durch Schlauchleitungen verursacht, die zu keinem Ein- griff führen.					

Auf allen betroffenen nach § 30 BNatSchG bzw. Art. 23 BayNatSchG geschützten Biotopen erfolgt entweder eine flächenidentische Wiederherstellung vor Ort (§ 30-Kompensation) oder ein externer Ausgleich (Ausgleichsmaßnahme A10 mit ca. 3.000 m²). Einige nach § 30 BNatSchG bzw. Art. 23 BayNatSchG geschützte Biotope sind nur von der Schlauchleitung betroffen. Da in diesem Fall kein Eingriff erfolgt (die Schlauchleitung wird nur vorübergehend auf die vorhandene Vegetation gelegt), sind hier keine Maßnahmen notwendig.

Im nördlichen Bereich des Vorhabens erfolgt zwischen Trassenkilometer 2 bis 6 außerhalb der bau-/anlagebedingten Flächeninanspruchnahme eine temporäre, baubedingte Grundwasserabsenkung, die über die jahreszeitliche Schwankungsbreite des Grundwasserstands hinausgehen kann. Hiervon können die nachfolgend genannten grundwasserempfindlichen, gesetzlich geschützten Biotope beeinträchtigt werden (vgl. Tabelle 3a): Sumpfgewässer (B113-WG00BK), mittelalte Sumpfwälder (L432-WQ), Schilf-, Wasser- und Landröhrichte (R111-GR00BK, R113-GR00BK, R121-VH00BK, R123-VH00BK), Großseggenriede (R31-GG00BK, R322-VC00BK) sowie eutrophe Stillgewässer (S133-SU00BK).

Tabelle 3a: Betroffenheit von gesetzlich geschützten Biotopen (§ 30 BNatSchG/ Art. 23 BayNatSchG) durch Grundwasserabsenkung

BNT Code	BNT Name	Wirkung	Fläche (m²)
B113-WG00BK	Sumpfgewässer	Donautal: baubedingte GW-Absenkung $\geq 1,3$ m	857
L432-WQ	Sumpfwälder, mittel alt	Donautal: baubedingte GW-Absenkung $\geq 1,3$ m	4.331
R111-GR00BK	Schilf- und Landröhrichte	Donautal: baubedingte GW-Absenkung $\geq 1,3$ m	2.726
R113-GR00BK	Sonstige Landröhrichte	Donautal: baubedingte GW-Absenkung $\geq 1,3$ m	30
R121-VH00BK	Schilf-Wasserröhrichte	Donautal: baubedingte GW-Absenkung $\geq 1,3$ m	1.225
R123-VH00BK	Sonstige Wasserröhrichte	Donautal: baubedingte GW-Absenkung $\geq 1,3$ m	2.161
R31-GG00BK	Großseggenriede außerhalb der Verlandungsbereiche (inkl. Wald-Simsen-Bestände)	Donautal: baubedingte GW-Absenkung $\geq 1,3$ m	367
R322-VC00BK	Großseggenriede eutropher Gewässer	Donautal: baubedingte GW-Absenkung $\geq 1,3$ m	491
S133-SU00BK	Eutrophe Stillgewässer, natürlich oder naturnah	Donautal: baubedingte GW-Absenkung $\geq 1,3$ m	217
Gesamtergebnis			12.404

Es ist davon auszugehen, dass eine erhebliche Beeinträchtigung nur dann zu erwarten ist, wenn die Bauwasserhaltung (maximal 42 Tage) während der Vegetationsperiode stattfindet und zugleich trockene Witterungs-/ trockene Bodenverhältnisse vorherrschen. In einem solchen Fall wird die Ökologische Baubegleitung den Zustand der innerhalb der baubedingten Grundwasserabsenkung liegenden gesetzlich geschützten Biotope überprüfen. Bei sinkendem Wasserstand oder Anzeichen von Trockenstress wird eine flächige Bewässerung der entsprechenden Vegetation veranlasst (aus dem anfallenden aufbereiteten Grundwasser der Baugrube oder im Ausnahmefall durch angeliefertes Wasser) (vgl. Anlage I2, Vermeidungsmaßnahme V1 - Ökologische Baubegleitung (ÖBB)). Hierdurch kann sichergestellt werden, dass die Bauwasserhaltung zu keinen erheblichen Beeinträchtigungen von grundwasserempfindlichen, gesetzlich geschützten Biotopen führt. Nach Bauende werden sich die ursprünglichen Grundwasserstände wieder einstellen.

1.4.1.2 Darlegung der Ausnahmenvoraussetzungen

Wie in Tabelle 3 aufgeführt, erfolgt auf allen von der Flächeninanspruchnahme betroffenen nach § 30 BNatSchG bzw. Art. 23 BayNatSchG geschützten Biotopen entweder eine flächenidentische Wiederherstellung vor Ort (§ 30-Kompensation) oder ein externer Ausgleich (Ausgleichsmaßnahme A10 mit ca. 3.000 m², vgl. Anlage I2). Im Falle einer baubedingten Grundwasserabsenkung außerhalb der bau-/anlagebedingten Flächeninanspruchnahme wird durch die Ökologische Baubegleitung (Vermeidungsmaßnahme V1, vgl. Anlage I2) eine flächige Bewässerung der entsprechenden Vegetation veranlasst. Hierdurch kann sichergestellt werden, dass die Bauwasserhaltung zu keinen erheblichen Beeinträchtigungen von grundwasserempfindlichen, gesetzlich geschützten Biotopen führt.

Es werden alle Beeinträchtigungen vermieden oder ausgeglichen im Sinne des § 30 Abs. 3 BNatSchG, wodurch die Voraussetzungen für eine Ausnahme gegeben sind und keine Befreiung gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG notwendig ist.

Tabelle 4: entfallen

1.4.2 Geschützte bestimmte Landschaftsbestandteile nach Art. 16 Abs. 1 BayNatSchG

1.4.2.1 Angaben zu geschützten bestimmten Landschaftsbestandteile und zur Betroffenheit

Liegen geschützte bestimmte Landschaftsbestandteile (Hecken, Feldgehölze, Gebüsche, Alleen) im Bereich der anlage- oder baubedingten Flächeninanspruchnahme, ist von einer erheblichen Beeinträchtigung auszugehen, da diese vollständig beseitigt werden müssen.

Tabelle 5 stellt dar, welche Biotop- und Nutzungstypen im Sinne des Art. 16 Abs. 1 BayNatSchG durch Flächeninanspruchnahme im Rahmen der Vorhaben Nr. 5 und Nr. 5a während der Bauphase erheblich beeinträchtigt werden und welche Maßnahmen vorgesehen sind.

Tabelle 5: Betroffenheit von Hecken, Feldgehölzen, Gebüsch, Alleen (Art. 16 Abs. 1 BayNatSchG) durch Flächeninanspruchnahme

Bestand BNT Code	Bestand BNT Name	Bestand WP/m²	TP / Wirkung	Fläche (m²)	Maßnahme	Bemerkung
B112-WH00BK	Mesophiles Gebüsch, Hecken	10	Arbeitsflächen (temporär)	567	Initiale Wiederherstellung	
B112-WH00BK	Mesophiles Gebüsch, Hecken	10	Arbeitsflächen (temporär)	79	Wiederherstellung Ökokonto	Ökokonto Nr. 164320 betroffen (km 34.3 - 34.4)
B112-WH00BK	Mesophiles Gebüsch, Hecken	10	Schutzstreifen offene Bauweise (dauerhaft)	231	Initiale Wiederherstellung	
B112-WH00BK	Mesophiles Gebüsch, Hecken	10	Schutzstreifen offene Bauweise (dauerhaft)	115	Wiederherstellung Ökokonto	Ökokonto Nr. 164320 betroffen (km 34.3 - 34.4)
B112-WH00BK	Mesophiles Gebüsch, Hecken	10	Zuwegungen mit Ausbau (temporär)	62	Initiale Wiederherstellung	
B112-WI00BK	Mesophiles Gebüsch, Hecken	10	Arbeitsflächen (temporär)	148	Initiale Wiederherstellung	
B112-WI00BK	Mesophiles Gebüsch, Hecken	10	Schutzstreifen offene Bauweise (dauerhaft)	62	Initiale Wiederherstellung	

Bestand BNT Code	Bestand BNT Name	Bestand WP/m ²	TP / Wirkung	Fläche (m ²)	Maßnahme	Bemerkung
B112- WX00BK	Mesophiles Ge- büsch, Hecken	10	Arbeitsflächen (temporär)	38	Initiale Widerher- stellung	
B112- WX00BK	Mesophiles Ge- büsch, Hecken	10	Schutzstreifen offene Bau- weise (dauer- haft)	7	Initiale Widerher- stellung	
B112- WX00BK	Mesophiles Ge- büsch, Hecken	10	Zuwegungen mit Ausbau (temporär)	21	Initiale Widerher- stellung	
B116	Gebüsche und Hecken stickstoff- reicher, ruderaler Standorte	7	Arbeitsflächen (temporär)	6	Initiale Widerher- stellung	Ökokonto Nr. 180154 kleinflächig und randlich betrof- fen, kein anspruchs- voller BNT (km 5.2)
B116	Gebüsche und Hecken stickstoff- reicher, ruderaler Standorte	7	Arbeitsflächen (temporär)	30	Initiale Widerher- stellung	
B116	Gebüsche und Hecken stickstoff- reicher, ruderaler Standorte	7	Schutzstreifen offene Bau- weise (dauer- haft)	44	Initiale Widerher- stellung	Ökokonto Nr. 180154 kleinflächig und randlich betrof- fen, kein anspruchs- voller BNT (km 5.2)
B116	Gebüsche und Hecken stickstoff- reicher, ruderaler Standorte	7	Schutzstreifen offene Bau- weise (dauer- haft)	18	Initiale Widerher- stellung	
B212- WO00BK	Feldgehölze mit überwiegend ein- heimischen, standortgerechten Arten, mittel alt	10	Arbeitsflächen (temporär)	125	Initiale Widerher- stellung	
B212- WO00BK	Feldgehölze mit überwiegend ein- heimischen, standortgerechten Arten, mittel alt	10	Schutzstreifen offene Bau- weise (dauer- haft)	10	keine Maßnahme*	Feldgehölz randlich betroffen
B213- WO00BK	Feldgehölze mit überwiegend ein- heimischen, standortgerechten Arten, alt	12	Arbeitsflächen (temporär)	866	Initiale Widerher- stellung	
B213- WO00BK	Feldgehölze mit überwiegend ein- heimischen, standortgerechten Arten, alt	12	Schutzstreifen offene Bau- weise (dauer- haft)	1.002	keine Maßnahme	Feldgehölz im Schutzstreifen, Kompensations- maßnahme wird vom Eigentümer ab- gelehnt -> keine Maßnahme

Bestand BNT Code	Bestand BNT Name	Bestand WP/m²	TP / Wirkung	Fläche (m²)	Maßnahme	Bemerkung
B213- WO00BK	Feldgehölze mit überwiegend ein- heimischen, standortgerechten Arten, alt	12	Zuwegungen mit Ausbau (temporär)	1	keine Maßnahme*	Feldgehölz randlich betroffen
B311	Einzelbäume, Baumreihen, Baumgruppen mit überwiegend ein- heimischen, standortgerechten Arten, jung	5	Arbeitsflächen (temporär)	167	Initiale Widerher- stellung	
B311	Einzelbäume, Baumreihen, Baumgruppen mit überwiegend ein- heimischen, standortgerechten Arten, jung	5	Schutzstreifen offene Bau- weise (dauer- haft)	8	keine Maßnahme	Einzelbaum liegt komplett im Schutz- streifen, sehr kleine Fläche -> keine Maßnahme
B311	Einzelbäume, Baumreihen, Baumgruppen mit überwiegend ein- heimischen, standortgerechten Arten, jung	5	Schutzstreifen offene Bau- weise (dauer- haft)	3	keine Maßnahme*	Einzelbaum randlich betroffen
B311	Einzelbäume, Baumreihen, Baumgruppen mit überwiegend ein- heimischen, standortgerechten Arten, jung	5	Zuwegungen mit Ausbau (temporär)	74	Initiale Widerher- stellung	Einzelbaum randlich durch Zuwegung betroffen
B311	Einzelbäume, Baumreihen, Baumgruppen mit überwiegend ein- heimischen, standortgerechten Arten, jung	5	Zuwegungen mit Ausbau (temporär)	11	keine Maßnahme*	Einzelbaum randlich durch Zuwegung betroffen
B312	Einzelbäume, Baumreihen, Baumgruppen mit überwiegend ein- heimischen, standortgerechten Arten, mittel alt	9	Arbeitsflächen (temporär)	80	Initiale Widerher- stellung	
B312	Einzelbäume, Baumreihen, Baumgruppen mit überwiegend ein- heimischen,	9	Schutzstreifen offene Bau- weise (dauer- haft)	25	keine Maßnahme*	Einzelbaum liegt komplett im Schutz- streifen, sehr kleine Fläche -> keine Maßnahme

Bestand BNT Code	Bestand BNT Name	Bestand WP/m ²	TP / Wirkung	Fläche (m ²)	Maßnahme	Bemerkung
	standortgerechten Arten, mittel alt					
B312	Einzelbäume, Baumreihen, Baumgruppen mit überwiegend ein- heimischen, standortgerechten Arten, mittel alt	9	Zuwegungen mit Ausbau (temporär)	40	Initiale Wiederher- stellung	Einzelbaum randlich durch Zuwegung betroffen
Gesamter- ergebnis				3.840		

Erläuterungen:

BNT Biotop- und Nutzungstyp gemäß Biotopwertliste (BayKompV)

WP Wertpunkte gemäß Biotopwertliste (BayKompV)

TP / Wirkung Beschreibung Technische Planung mit Wirkung

* Die genannte Flächengröße wird durch die Ungenauigkeiten des Betrachtungsmaßstabs verursacht. Im Zuge der Ausführungsplanung bzw. durch die Ökologische Baubegleitung wird durch Anpassung der Baufelder eine Beeinträchtigung vermieden. Daher werden hier keine Maßnahmen geplant.

Ein Großteil der vom Vorhaben betroffenen geschützten Hecken, Feldgehölze, Gebüsche oder Alleen (Art. 16 Abs. 1 BayNatSchG) werden initial wiederhergestellt. Gehölze im Schutzstreifen dürfen aufgrund der Aufwuchsbeschränkung nicht wiederhergestellt werden. Ein Ausgleich erfolgt hier im Rahmen der geplanten Kompensationsmaßnahmen für die Eingriffsregelung.

1.4.2.2 Darlegung der Ausnahmevoraussetzungen

Wie in

Tabelle 5 dargestellt, werden insgesamt ca. 3.840 m² Hecken, Feldgehölze, Gebüsche oder Alleen bau- und anlagebedingt beseitigt. Diese Flächeninanspruchnahme wird im Rahmen der Eingriffsregelung gemäß Anlage 3.1 BayKompV in Form von Wertpunkten bilanziert. Der Ausgleich erfolgt ebenfalls in Form von Wertpunkten, die durch die geplanten Kompensationsmaßnahmen generiert werden.

Mit Ausnahme der Feldgehölze im Schutzstreifen werden alle Biotop- und Nutzungstypen nach Bauende initial wiederhergestellt. Außerdem werden durch die CEF-Maßnahme für Haselmäuse (ACEF5b) Gebüsche und Feldgehölze auf 20.779 m² Fläche angelegt (vgl. Anlage I2, ACEF5b).

Somit werden alle vom Vorhaben betroffenen geschützten Hecken, Feldgehölze, Gebüsche, Alleen (Art. 16 Abs. 1 BayNatSchG) entweder initial wiederhergestellt oder an anderer Stelle als Kompensationsmaßnahme ausgeglichen, wodurch die Voraussetzungen für eine Ausnahme gegeben sind und keine Befreiung gemäß § 67 Abs. 1 BNatSchG notwendig ist.

1.4.3 Darlegung der Befreiungsvoraussetzungen

Ein Antrag auf Befreiung gemäß § 67 BNatSchG ist nicht erforderlich (vgl. Ausführungen Kap. 1.1).

1.4.4 Fazit und Antragstellung

Es wird ein Antrag auf Ausnahme gemäß § 30 Abs. 3 BNatSchG und des Art. 23 Abs. 3 BayNatSchG von den Verboten für die betroffenen gesetzlich geschützten Biotope nach § 30 Abs. 1 BNatSchG, Art. 23 Abs. 1 Satz 1 BayNatSchG und für die geschützten Landschaftsbestandteile Hecken, Feldgehölze, Gebüsche, Alleen nach Art. 16 Abs. 1 BayNatSchG gestellt. Da alle Beeinträchtigungen durch initiale Wiederherstellung, Kompensation der Biotopflächen am gleichen Ort oder an anderer Stelle ausgeglichen werden, sind die Voraussetzungen für eine Ausnahme erfüllt.

2 Literatur- und Quellenverzeichnis

Landratsamt Regensburg (2001): Verordnung über den geschützten Landschaftsbestandteil "Großseggenried bei Kleingilla" vom 21.02.1986 i.d.F. vom 22.10.2001

Landratsamt Regensburg (2001): Verordnung über die Landschaftsschutzgebiete im Landkreis Regensburg vom 17.01.1989 i.d.F. vom 13.11.2001

3 Abkürzungsverzeichnis

Abs.	Absatz
Art.	Artikel
BNetzA	Bundesnetzagentur
BNT	Biotop- und Nutzungstypen
EU	Europäische Union
FFH	Fauna-Flora-Habitat
GLB	geschützter Landschaftsbestandteil
GW	Gigawatt (1.000.000.000 W), Einheit der elektrischen Leistung
ha	Hektar
Hrsg.	Herausgeber
KSR	Kabelschutzrohr
LBP	Landschaftspflegerischer Begleitplan
LSG	Landschaftsschutzgebiet
Natura 2000	Natura 2000 ist der Name für ein europaweites Netz von nach EU-Recht geschützten besonderen Schutzgebieten. Es umfasst die Gebiete von gemeinschaftlicher Bedeutung nach der FFH-Richtlinie sowie die Schutzgebiete nach der Vogelschutzrichtlinie.
NP	Nationalpark
OVG	Oberverwaltungsgericht
SOL	SuedOstLink
StMUV	Bayerisches Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz
TenneT	TenneT TSO GmbH
TP	Technische Planung
VP	Verträglichkeitsprüfung
WP	Wertpunkt

Gesetze und Verordnungen

BayNatSchG	Bayerisches Naturschutzgesetz
BBPIG	Bundesbedarfsplangesetz
BNatSchG	Bundesnaturschutzgesetz
NABEG	Netzausbaubeschleunigungsgesetz Übertragungsnetz
NSG-VO	Naturschutzgebietsverordnung
LSG-VO	Landschaftsschutzgebietsverordnung